

# Bericht aus dem Rathaus

**DIE LINKE.**  
S C H W E R I N

**Oktober 2010**

## Entscheidung endlich gefallen!

Schwerin baut neue Schwimmhalle auf dem Dreesch

### Grundsatzbeschluss zu den städtischen Schwimmhallen gefasst

Was nach den auch ins persönliche abgleitenden Auseinandersetzungen der Septembersitzung kaum noch jemand für möglich gehalten hätte, ist nun doch Wirklichkeit geworden. Getragen von den Argumenten, die von der Linksfraktion von Beginn an ins Feld geführt wurden, hat die Stadtvertretung nunmehr den Neubau einer Schwimmhalle auf dem Großen Dreesch auf den Weg gebracht.

Vor allem die Gefahr, die so dringend benötigten, nur für den Standort am Dreescher Markt zur Verfügung stehenden Städtebaufördermittel nicht mehr abrufen zu können, hat wohl die Mehrzahl der Stadtvertreter zum Umdenken bewogen. Fraktionschef Gerd Böttger nannte die Entscheidung vernünftig und forderte für Investitionsmaßnahmen künftig mehr kommunales Verantwortungsbewusstsein und weniger parteipolitisches Gezänk.

### Machbarkeitsstudie für Entwicklung ehemalige Polizeidirektion

Mit dem Beschluss eine Machbarkeitsstudie „Entwicklung der ehemaligen Polizeifläche Amtstraße“ zu erstellen, sollen unterschiedliche Ansätze für die Entwicklung des Areals präzisiert werden. Die Vorzugsvariante für die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung besteht darin, südlich der Amtstraße zwischen Werderstraße und Schlosspromenade die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Tagungs- und Kongresszentrum zu schaffen. Alternativ könnte auch ein Wellness- und Gesundheitszentrum entwickelt werden. Auf den Flächen nördlich der verlängerten Amtstraße können drei- bis viergeschossige Wohngebäude gebaut werden.

### Baden im Lankower See (Nordufer)

Die im Badestellenkonzept der Landeshauptstadt aufgeführte Badestelle soll aufgewertet werden. Mit dem Beschluss die Lankower Schwimmhalle in 2 Jahren außer Betrieb zu setzen und perspektivisch abzureißen, ist eine Kompensation für die Bewohner des Stadtteils wünschenswert. Für den Sommer könnte dies durch die Verbesserung der Badebedingungen erfolgen. Dazu müsste vor allem im Badebereich entkrautet werden. Da dies auch Umweltbelange berührt, wird der Antrag in den Fachausschüssen weiter beraten.

### Bundemittel im Kampf für Toleranz und gegen Rechts einwerben

Beschlossen hat die Stadtvertretung den schlussendlich gemeinsamen Antrag von Linksfraktion und SPD zur Interessenbekundung für das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, mit dem Fördermittel für die Entwicklung und Realisierung eines lokalen Aktionsplanes eingeworben werden sollen.

In seiner Rede warb Fraktionsvize Henning Foerster für Zustimmung und bezeichnete das Engagement für Toleranz und gegen Fremden- bzw. Demokratiefeindlichkeit als erste Bürgerpflicht. Es sei nicht damit getan, die Demonstrationen Rechtsextremer zu blockieren oder Gegendemonstrationen zu organisieren, vielmehr müsse man bereits in Kindergärten, Schulen, Kirchen, Verbänden und Vereinen präventiv tätig werden. Mit dem Bundesprogramm soll auch über das Jahresende 2010 hinaus ziviles Engagement, demokratisches Verhalten, Einsatz für Vielfalt und Toleranz sowie die Bildung von Beratungsnetzwerken erfolgreich unterstützt und gefördert werden.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?  
Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter [www.die-linke-schwerin.de](http://www.die-linke-schwerin.de)  
Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

## **» Mayors for Peace « Schwerin soll dem Bündnis beitreten**

Als zeitlos wichtiges Anliegen charakterisierte Andre Walther das Anliegen von weltweit über 4000 Städten in 144 Ländern, deren Bürgermeister (Mayors) sich seit über 30 Jahren für die Abschaffung der Atomwaffen engagieren. Das Resultat ist mehr als ernüchternd: 23.000 Atomwaffen sind nach wie vor weltweit stationiert, einige Tausend werden in ständiger Alarmbereitschaft gehalten und die USA und Russland planen die Entwicklung neuer Atombomben. Auch Deutschland ist nicht außen vor, nach wie vor lagern hier ca. 20 US-Atombomben. Die Stadtvertretung hielt den Antrag mehrheitlich für ein gutes Anliegen und stimmte ihm zu.

## **Autofreier Sonntag auch 2011?**

Gemischt fällt die Bilanz zur Veranstaltung 2010 aus. Daher forderte Michael Strähnz für die Linksfraktion auch, eine Aufarbeitung der Erfahrung aus diesem Jahr und den Verzicht auf eine frühzeitige Terminfestlegung für 2011. Vor allem eine parallel stattfindende Veranstaltung im Schloßparkcenter hatte mehr Autofahrer angelockt, als weniger. Wer den autofreien Sonntag als Signal in Sachen Klimaschutz ernst meine, müsse hier anders agieren. Auch dies wird in den Fachausschüssen vertiefend diskutiert.

## **Entgelte für Kitas zügig verhandeln**

In die Ausschüsse überwiesen wurde der Antrag der Linksfraktion, der zum Ziel hatte, zügig für Transparenz zu sorgen. Erika Sembritzki verwies auf die auch von der Linksfraktion begrüßten Tarifierhöhungen für die Mitarbeiterinnen in 2009, machte aber deutlich, dass sie sich unter Umständen ebenso auf die Kostenentwicklung auswirken, wie die Regelungen des neuen KiFöG. Eine vorweihnachtliche „Bescherung“ wie im Vorjahr, als die Eltern kurz vor Weihnachten eine deutliche Beitragserhöhung mitgeteilt bekamen, soll 2010 verhindert werden. Dezernent Niesen (SPD) antwortete, dass eine Erhöhung nicht zwingend zu befürchten ist. Günstigere Regelungen zu den Krippen könnten gegebenenfalls kostendämmend auf die Beitragsentwicklung einwirken. Der Antrag wird in den Fachausschüssen weiter beraten.

## **Große Anfrage zum Versand von Bescheiden durch die ARGE**

Die Linksfraktion nahm die Versendung von Bescheiden zum Thema Wegfall des Elterngeldes für ALG II Empfänger, obwohl die zuständigen Gremien Bundestag und Bundesrat dies noch gar nicht beschlossen haben, zum Anlass, dieses Vorgehen zu hinterfragen. In der Antwort der Verwaltung wird darauf verwiesen, dass die ARGE grundsätzlich über einen 6-monatigen Bewilligungszeitraum zu befinden hat. Um Überzahlungen wie Anfang des Jahres beim Kindergeld zu vermeiden, würden die Betroffenen bereits jetzt informiert, die Bescheide enthalten jedoch Hinweise zur Vorläufigkeit, so dass keine Nachteile entstehen. Seitens der ARGE wird nicht mit einer Klagewelle gerechnet.

## **Bilanz der selbständigen Schule**

Mit Ihrem Antrag wollte die CDU/FDP Fraktion den über den Umsetzungsstand des Konzeptes der Selbstständigen Schule in der Landeshauptstadt Schwerin sowie eine Konzeption zu deren Weiterentwicklung anfordern. In seiner Entgegnung verwies Walter Lederer für die Linksfraktion darauf, dass dies in die Zuständigkeit des Landesministers falle und den stelle die CDU. Aufgabe der Oberbürgermeisterin sei es lediglich die Gebäude und geeignetes Personal zur Verfügung zu stellen und dies tue sie permanent. Er warb dafür, im Fachausschuss mit dem Schulamtsleiter über die Situation zu diskutieren. Mit der Überweisung in die Fachausschüsse wurde diesem Wunsch entsprochen.

## **Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen**

Mit diesem gemeinsamen Antrag wollten Linksfraktion, SPD und Grüne zum einen den Bestand an Projekten und Aktivitäten in Schwerin zum Thema „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen“ erfassen und weiter prüfen, ob die Teilnahme am gleichnamigen Bundeswettbewerb möglich ist. Die Verwaltung verwies auf aktuelle Aktivitäten zum Thema und machte die Schwierigkeit deutlich, bis zum 02.11.2010 ein spezielles Projekt vorzuschlagen. Einig waren sich Vertretung und Verwaltung darüber, dass es sich um ein hochsensibles Thema handelt, zu dem es weiterer gemeinsamer Anstrengungen bedarf.

## **Umsetzungshistorie, Stadtentwicklungskonzept und Widersprüche der Oberbürgermeisterin**

Beschlossen hat die Stadtvertretung, eine Umsetzungshistorie zu ihren Beschlüssen anzufordern. Damit sollen Doppelungen vermieden und überholte Anträge für erledigt erklärt werden können. Ebenfalls beschlossen wurde die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes für die Innenstadt. Ziele sind unter anderem der Erhalt und die Erneuerung des historischen Stadtbildes, die Stärkung des Einzelhandels in der Innenstadt, die Entwicklung der Stadt am Wasser und die Innenstadt als Ort der Kulturstadt des Nordens. Handlungsschwerpunkte der Stadterneuerung werden die Schaffung öffentlicher Räume am Wasser und die Förderung von Premiumwohnstandorten sein. Die Stadterneuerung zwischen Obotritenring und Werderstraße soll bis 2020 abgeschlossen sein.

Zu 2 Entscheidungen der Stadtvertretung ging Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow (DIE LINKE.) in den Widerspruch. Bestätigt wurde ihr Veto gegen die Kennzeichnung des kombinierten Rad- und Fußweges im Touristenbereich zwischen Schloss und Marstall - Bestandteil des übertragenen Wirkungskreises. Abgelehnt wurde gegen die Stimmen der Linksfraktion ihr Widerspruch gegen die Nichtbesetzung der Amtsleiterstelle für Stadtentwicklung. Hier wird nun der Innenminister entscheiden.